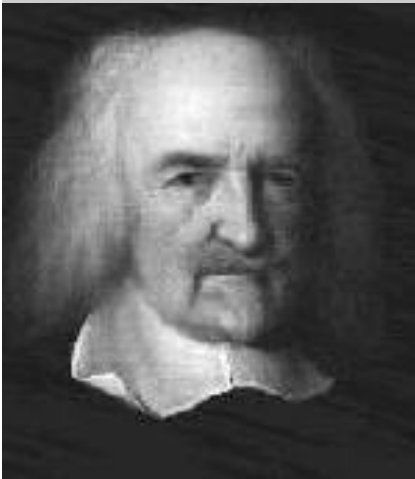


Rechte oder Werte?



Thomas Hobbes (1588-1679)

Anfang Jahr hat sich Robert Spaemann, emeritierter Professor für Philosophie an der Universität München, in der NZZ kritisch zur in Europa beobachtbaren Tendenz geäußert, den Staat als Geseinigungs- und Wertegemeinschaft zu verstehen. Allenthalben ertöne der Ruf nach Werten:

"Sogar die Kirchen empfehlen sich der Gesellschaft weniger durch den Anspruch, den geoffenbarten Willen Gottes kundzutun und die Auferstehung von den Toten zu bezeugen, als durch das Angebot, die Gesellschaft durch 'Wertevermittlung' und durch 'Wertorientierung' der Jugend zu stabilisieren." Spaemann befürchtet, dass diese "Grundwerte" im Begriff seien, die "Grundrechte" zu unter-

laufen, anstelle des Gesetzesgehorsams drohe die Pflicht, sich zu bestimmten Werten zu bekennen. Er dokumentiert seine These anhand von vier Beispielen:

Am Sektenbegriff, diesem negativ besetzten Begriff, der eigentlich aus dem Sprachgebrauch der Kirchen stammt, und der in die politische Sphäre übernommen worden ist. "Jeder Zusammenschluss von Bürgern auf Grund gemeinsamer Überzeugungen muss dem Staat gleich gelten, solange er nicht gegen die für alle geltenden Gesetze verstösst oder zu solchem Verstoss auffordert. Das aber ist leider nicht mehr der Fall. Sekten werden unter staatliche Beobachtung gestellt, es wird von Staats wegen vor ihnen gewarnt, und ihre Mitglieder werden von öffentlichen Ämtern möglichst ferngehalten." Dass der Staat etwas gegen Sekten habe, bedeute, dass er sich selbst als Wertegemeinschaft verstehe. "Aber nun beginnt der staatliche Arm von sich aus, sich eine Zivilreligion zuzulegen. Die europäischen Rechtsordnungen gründeten zwar selbst in bestimmten Überzeugungen, vor allem in der von der Würde der Person, und eben deshalb verzichteten sie darauf, Überzeugungen oder deren Verwerfung zur Pflicht zu machen. 'Nicht die Wahrheit, sondern die Autorität macht das Gesetz', das war die Konsequenz, die Thomas Hobbes aus dem konfessionellen Bürgerkrieg in Europa gezogen hatte. Die mühsam erworbene Errungenschaft des liberalen Rechtsstaats wird wieder preisgegeben, wenn der Staat sich als Wertegemeinschaft versteht, auch wenn es eine 'liberale' Wertegemeinschaft ist, die Liberalismus als Weltanschauung statt als Rechtsord-

nung versteht. Die Sektenverfolgung ist ein ziemlich sicherer Indikator für die hier drohende Gefahr, die Gefahr eines liberalen Totalitarismus."

Als zweites Beispiel führt er die Ächtung politischer Positionen durch staatliche Institutionen: "Gefahr ist im Verzug, wenn der Staat bis hin zum deutschen Bundespräsidenten diese Kundgebungen ('gegen rechts' *Anm. d. Red.*) organisiert und ihnen höhere Weihen gibt. Ausserdem ist es ein Offenbarungseid staatlicher Ohnmacht. Das Mittel des Staates gegen Gesetzlosigkeit und Gewalt – von Inländern gegen Ausländer und von Ausländern gegen Inländer – ist die Polizei. Darüber hinaus eine staatsbürgerliche Erziehung, die den Respekt vor rechten und linken Positionen vermittelt und die Ablehnung von Gewalt, wie immer diese sich rechtfertigen mag. Der Staat als 'Bündnis gegen rechts' – das ist die Wertegemeinschaft anstelle des Staates, und hier müssten die Alarmglocken läuten."

Am Beispiel des Umgangs der EU mit Österreich zeigt er auf, dass es auch dort nicht um Rechte und deren Verletzungen ging, sondern um Werte: "Asylantenheime brannten in Deutschland, Immigranten wurden gejagt in Spanien, Neonazis demonstrieren in Schweden, die britische Regierung unterdrückte jahrelang die Erforschung des Zusammenhangs der Rinderseuche mit der Gehirnerkrankung von Menschen und schleuste infiziertes Fleisch auf den Kontinent, und die Niederlande rehabilitieren Schritt für Schritt – nicht verbal, aber faktisch – die nationalsozialistische Euthanasiepraxis

THEMEN in diesem FREIDENKER

IHEU-News	2
Aus dem Jahresbericht des ZV	3
Freidenker-Umschau	4
Sind Sie glücklich?	5
"Religion und Kultur" in Zürich	6

Nichts dieser Art geschah in Österreich". Erst das Gutachten der drei "Weisen" habe in Europa dem Recht den Sieg über die Wertegemeinschaft verschafft.

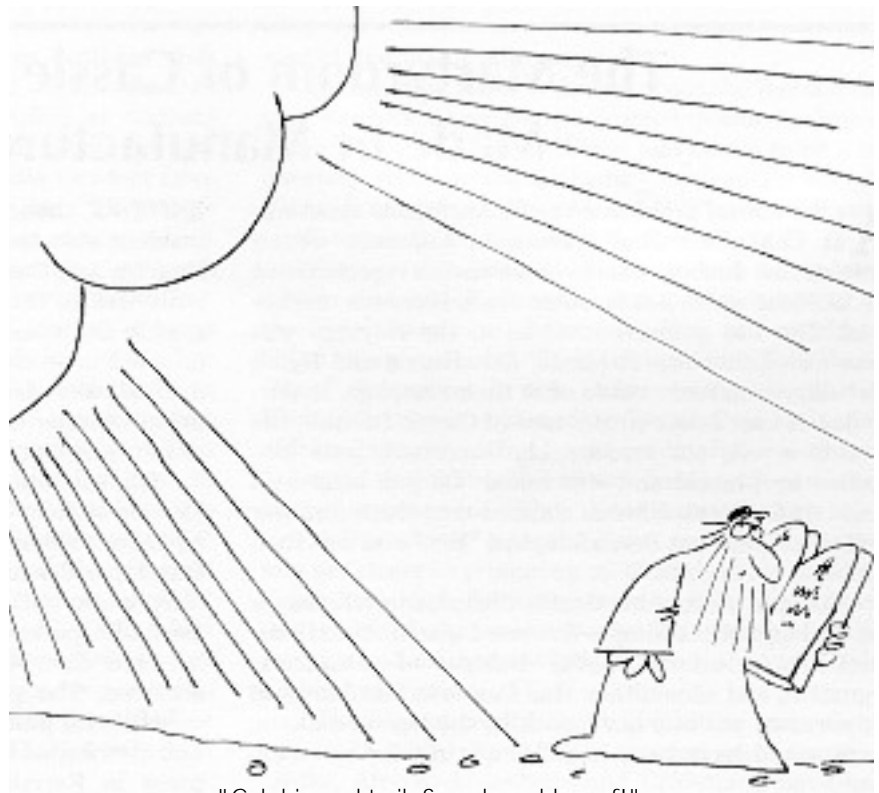
Als viertes Beispiel nennt er schliesslich den Kosovo-Krieg, der ebenfalls im Namen der "Werte" geführt wurde. Dort habe die Politik sich auf Werte berufen und geltendes Völkerrecht schlicht ignoriert. "Wer im Namen der Wertegemeinschaft handelt, steht über dem Recht. Man nannte das einmal Totalitarismus."

Als FreidenkerInnen tun wir gut daran, diese Kritik ernst zu nehmen und nicht in den allgemeinen Ruf von fehlenden Werten einzustimmen, sondern die Errungenschaften des Völkerrechts, der Menschenrechte und der demokratischen Verfassungen zu verteidigen.

Reta Caspar

Quelle: NZZ, 20.01.01

Überall das gleiche Lied ...



Club "100"

Internat. Humanistische und
Ethische Union

IHEU-News

Die internationale humanistische und ethische Union hat in den letzten Jahren ihr Tätigkeitsgebiet stark erweitern können.

Im Jahr 2000 hat sie Kongresse (Australien) und Konferenzen (Argentinien, Avignon) organisiert und finanziert, war beteiligt in den Vorbereitungsgesprächen zu einer europäischen Friedenskonferenz der Bertrand Russell Friedensstiftung und unterstützte die Gay-Parade in Rom. Sie war aktive Teilnehmerin an einem Expertenseminar über Rassismus und Fremdenhass in Warschau, und bereitet die Weltkonferenz gegen Rassismus und Fremdenhass vor, welche diesen September in Afrika stattfinden wird. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen zum Jubiläumskongress (50 Jahre IHEU) 2002 in den Niederlanden.

Im Verlaufe des vergangenen Jahres hat die IHEU einen besonderen Status als beratende Nichtregierungsorganisation der UNO erhalten und war insbesondere aktive in

der UNESCO. Der Europarat hat den Beitrag der IHEU zu einer gefragten Publikation über Menschenrechte gewürdigt. Weiter hat die IHEU den UNO-Beauftragten für Religions- und Glaubensfreiheit bei seinen Vorbereitungen für eine UN-Konferenz über Bildung unterstützt, die in Spanien abgehalten werden und an der die IHEU als Expertin teilnehmen wird.

Aufgetreten ist die IHEU am NGO-Millennium Forum der UNO in New York und an Anlässen des NGO-Forums in Genf. Daneben hat sie sich in einer internationalen Kampagne eingesetzt für den pakistanischen Humanisten Dr. Shaikh. In einem früheren Fall eines humanistischen Verlegers in Indien war sie erfolgreich gewesen in dessen Verteidigung gegen die Blasphemie-Anklage. Weitere Aktivitäten haben rund um den Millenniums-Walk von Irland bis nach Israel stattgefunden, dazu kam der Wettbewerb zu "Kinderrechte und Religion" und die neu lancierten Jugendprogramme.

Schliesslich wurden humanistische Projekte in Indien, Nepal, Pakistan, Peru, Libanon, Bangladesh und Mexiko in vielen Arbeitsstunden gefördert, Anlässe von Mitgliedorganisationen in Frankreich, Russland, Australien, Indien, Belgien und den USA besucht und die Kontakte mit nahestehenden Organisationen intensiviert.

Bisher ist die IHEU mit einem Vollzeit-Angestellten und einem 50% Sekretariat und dank viel Gratisarbeit von Vorstandsmitgliedern, internationalen Repräsentanten und lokalen Mitgliedern ausgekommen. An der Delegiertenversammlung Anfang Mai in Norwegen hat der Vorstand der IHEU einen Club '100' ins Leben gerufen. Dieser soll aus 100 Mitgliedern (Einzel- oder Gruppen-) bestehen, die bereit sind, jährlich 500\$ zu spenden. Damit soll das Sekretariat verstärkt und die Bewältigung der wachsenden Aufgaben garantiert werden können. Mittelfristig ist der Aufbau einer Stiftung geplant, welche die Finanzierung der Tätigkeit der IHEU garantieren soll.

rc

Quelle: IHEU-News, Mai 2001

Aus dem Jahresbericht 2000

Anlässlich der DV 2000 war in Luzern erstmals wieder ein Zentralpräsident gewählt worden. Jürg Caspar stellte sich für fünf Jahre für dieses Amt zur Verfügung. Zum neuen Zentralsekretär wurde Hans-Ruedi Zihlmann gewählt. Jürg Caspar hat ihm das Amt (etwas später als vorgesehen) Ende März 2001 übergeben. Neu ist das Zentralsekretariat nun in Selzach (SO) zuhause.

Der Grosse Vorstand tagte am 2.12.00 in Olten und hat statuten-gemäss das Budget 2001 verabschiedet.

Der Zentralvorstand traf sich zu 3 Sitzungen. Er wählte in eigener Kompetenz Vivian Aldridge zum Vizepräsidenten. Der neu zusammengesetzte Zentralvorstand hat sich weitere Strukturen gegeben und Ressortverantwortliche gewählt:

Ressort:	Leitung
Strategie	V. Aldridge 061 261 54 27
Marketing/ Werbung	H.-R. Zihlmann 032 641 20 12
Nationale und inter- nat. Beziehungen	J. Kaech 031 372 56 03
Presse	M. Furner 052 233 05 61
Weiterbildung/ Seminare	W. Strebel 055 222 19 42
Soziales	S. Roehri 056 401 36 13
Internet	M.R. Wäckerlin 052 246 03 35

Eine Analyse des Mitgliederbestandes hat ergeben, dass die FVS in den letzten 10 Jahren einen Viertel ihrer Mitglieder verloren hat. Das ist alarmierend. Die drei grossen Sektionen in Basel und Zürich haben die grössten Verluste erlitten, kleinere Sektionen konnten die natürlichen Abgänge eher besser auffangen, einzelne verzeichnen gar einen Zuwachs.

Die Sektionen und die einzelnen Mitglieder sind dringend aufgerufen, nach ihren Möglichkeiten Mitglieder zu werben, damit wenigstens die natürlichen Abgänge kompensiert werden können.

Die Rechnung schliesst mit einem Defizit von Fr. 4'000.- (budgetiert waren -14'000.-) ab. Die Bilanz zeigt, dass seit Beginn der grossen Renovationsarbeiten an der Liegenschaft in Bern schon Fr. 74'000.- aus der Betriebsrechnung abgeschrieben werden konnten, weit mehr als ursprünglich geplant.

Die Sektion Zürich hat im vergangenen Jahr mehrere Seminare angeboten, die auch anderen Mitgliedern offenstanden. Am 14. Oktober fand ein einführender Kurs für TrauerrednerInnen statt, aus dem mittelfristig für die Deutschschweiz 4-5 zusätzliche RednerInnen aktiv werden können.

Die Freidenkerspende 2000 hat wiederum ein sehr erfreuliches Resultat vorzuweisen: 12'000 Franken konnten der Beratungsstelle für männliche Opfer sexueller Gewalt überwiesen werden.

Die Verbindungen zum Ausland wurden im üblichen Rahmen gepflegt. Eine Schweizer Delegation hat an der WUF-Tagung in Rom teilgenommen, die in Rom angesetzt und mit der Teilnahme an der Grossdemonstration zum 400. Todestag von Giordano Bruno verbunden war. Jean Kaech wird seine Aufgaben mittelfristig in jüngere Hände legen können. Aus dem ZV werden sich Silvia Roehri und Mark Furner in diese Arbeit teilen.

Im laufenden Jahr erarbeiten die beiden Sektionen Zürich und Win-

terthur je eine Stellungnahme im Rahmen kantonaler Vernehmlassungen. Dabei geht es um die Neuorientierung des Religionsunterrichtes an den Volksschulen und um die Revision des Kirchengesetzes. Zusammenfassungen werden im FREIDENKER publiziert, die vollständigen Dokumente können auf dem Sekretariat oder direkt auf www.freidenker.ch abgerufen werden.

Das Budget 2001 hat einen Kredit für gesamtschweizerische Seminare und Weiterbildungsangebote vorgesehen. Am gestrigen Seminar in Olten haben 25 Personen teilgenommen und profitiert. Weitere Angebote werden den Sektionen unterbreitet und im FREIDENKER ausgeschrieben.

Im Herbst 2001 wird die Sektion Bern wieder ein gesamtschweizerisches Freidenker-Treffen organisieren. Der ZV dankt für diese Initiative.

Unsere Zeitung ist im üblichen Rahmen erschienen. Im Laufe dieses Jahres ist geplant, ältere Nummern auf dem Internet verfügbar zu machen, was allerdings mit einigem Aufwand verbunden ist. Die Sektionen und die Mitglieder sind aufgerufen, dieses Podium zu nutzen und Beiträge für den FREIDENKER zu verfassen. Insbesondere Kurzberichte über lokale Aktivitäten oder Diskussionen könnten von allgemeinem Interesse sein. jlc/ rc

Freidenkerspende 2001: Fristenlösung

Die Delegierten haben am 6. Mai mit grossem Mehr die Kampagne für eine Fristenlösung zum diesjährigen Spendenprojekt erkoren.

In der nächsten Ausgabe des FREIDENKERs werden Sie einen speziellen Einzahlungsschein finden. Ihre Spende wird der **Schweizerischen Vereinigung für einen straflosen Schwangerschaftsabbruch**

SVSS zugute kommen, welche die nationale Abstimmungs-Kampagne koordinieren wird. Vorstand und Delegiertenversammlung der FVS empfehlen Ihnen dieses Projekt zur Unterstützung.



PC 90 -197500 - 0
"Freidenkerspende"

Im Zeichen des Kreuzes

Tatzeit: Spanischer Bürgerkrieg 1936 bis 1939 (1937, vor 64 Jahren, entstand eines der bedeutendsten Werke von Pablo Picasso zu diesem Krieg, das Bild "Guernica", eine leidenschaftliche Anklage gegen Grausamkeit und Terror.)

Tatort: El Valle de los Caidos (Tal der Gefallenen) zirka 45 Kilometer nördlich von Madrid.

Tatmotiv: Anstatt seine republikanischen Kriegsgefangenen erschiessen zu lassen, beschloss General Franco, sie ein grosses Denkmal, eine aussergewöhnliche Kult- und Wallfahrtsstätte für seine eigenen gefallenen Parteigänger errichten zu lassen.

Tathergang: Zeitweise schufteten über 20'000 republikanische Kriegsgefangene unter unmenschlichen Bedingungen an einem kolossalen Monument von gigantischen Ausmassen. Dieses Denkmal beeindruckt den heutigen Besucher eher durch seine skandalösen Masse als durch seine Schönheit. Die erstellte Basilika: über 260 m lang, über 40 m hoch, von den Kriegsgefangenen aus dem Granitfelsen gehauen. Hoch über diesem Eingang das dominierende, alles überragende zirka 150 Meter hohe Kreuz. Das Kreuz, welches ebenfalls von diesen republikanischen Kriegsgefangenen errichtet wurde; jedoch unter unvorstellbaren Qualen, erbarmungsloser und barbarischer Willkür, menschenunwürdigsten Arbeitsbedingungen ohne die einfachsten Sicherheitsmassnahmen.

Am protzigen Kreuzsockel stehen unter anderem die vier riesenhaften, über 50 Tonnen schweren Figuren der Evangelisten mit ihren jeweiligen Symbolen.

Wer heute das Kreuz – das Symbol der Christen – als Modeschmuck umhängt, möge doch bedenken, dass niemand weiss, wie wenige der zu Tausenden eingesetzten Kriegsgefangenen je lebend zurückkehrten (vermutlich keiner) und welche unfassbaren, allgemein bekannten Gräueltaten im Namen dieses Kreuzes während über 2000 Jahren begangen wurden und werden!

Walter Graber

Mitglieder der Internat. Brigaden
Ehrenmitglied der FVS-Sektion Winterthur

Israel

Am "Swiss Center for Conflict Research, Management and Resolution" haben vor Jahresfrist die ersten 20 StudentInnen das interdisziplinäre Studium begonnen, in dem sie sich mit Mediation als Beitrag zur Lösung zivilgesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Konflikte auseinandersetzen, also mit Vermittlung, Verhandlung, Schlichtung, Ausgleich und Überbrückung als Alternativen der Konfliktbewältigung.

Israel ist seit seiner Gründung vom Konflikt mit den arabischen Nachbarn und seinen palästinensischen Mitbewohnern geprägt. Aber der Kriegszustand ist nicht die einzige Auseinandersetzung, die dem Land zu schaffen macht. Mit einer multikulturellen Gesellschaft, in der sich orthodoxe und weltliche Bürger, aschkenasische und sephardische Juden, Neueinwanderer und Alteingesessene gegenüberstehen, sind die Probleme vielfältig.

Das Institut wird von privaten Spendern aus der Schweiz unterstützt. Der zweijährige Lehrplan am "Swiss Center" umfasst Kurse und Vorlesungen aus den Bereichen Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaften, internationale Beziehungen, Philosophie, Rechtswissenschaft, Ökonomie und Medienwissenschaften.

NZZ 7.5.2001

Malaysia

23 Mio. Menschen leben im Inselstaat. 60% Malayen, 30% Chinesen und 8% Inder. 53% sind Muslime, 17% Buddhisten, 12% bekennen sich zu chinesischen Volksreligionen, 7% sind Hindus, 6% Christen. Nachdem bisher die die verschiedenen Ethnien und Religionen ohne grössere Konflikte zusammengelebt haben, bahnt sich seit den Wahlen von 1990 und verstärkt seit 1999 eine Polarisierung an. Bisheriger Höhepunkt war die Anklage von 44 Paaren (am Valentinstag im Februar 2001) wegen "körperlicher Nähe". Nachdem das islamische Recht seit 1999 offiziell auf die muslimische Bevölkerung anwendbar ist, gibt es eine erstarrende fundamentalistische Bewegung, die eine Ausdehnung des islamischen Rechtes auf die gesamte Bevölkerung fordert. Premierminister Mahathir bin Mohamad hat zur Verteidigung des säkularen Staates aufgerufen.

Rationalist Bulletin Nr. 69, April 2001

Portugal

Portugals Parlament hat ein neues Gesetz über die Religionsfreiheit gebilligt. Es soll die minoritären Gemeinschaften mit der katholischen Kirche gleichstellen. Kritiker bemängeln aber, dass weite Teile nur für die Minderheitsgruppen gelten sollen und nicht auch für die katholische Kirche, deren Konkordat mit dem Staat ebenfalls zur Revision ansteht. Das neue Gesetz sieht auch für die minderheitlichen Kirchen und Glaubensgemeinschaften die Möglichkeit der Anerkennung durch den Staat vor. Überdies sollen Katholiken und Anhänger anderer Religionen in Zukunft frei bestimmen können, ob ein halbes Prozent ihrer Einkommenssteuer der jeweiligen Gemeinde zufließt.

Wegen der Ausnahmen für die katholische Kirche wurden aber auch Zweifel an der Verfassungsmässigkeit des Gesetzes laut. Gemäss Artikel 41 der Verfassung, der die Religionsfreiheit garantiert, sind Kirchen und andere Religionsgemeinschaften vom Staat getrennt.

NZZ 28.4.2001

Spanien

Die katholische Kirche Spaniens ist über die Passivität der Regierung Aznar in Sachen Finanzierung der Kirche und Religionsunterricht verärgert. Die an sich laizistische Verfassung von 1978 berücksichtigt die besondere Stellung der katholischen Konfession im Land, das zu 99 Prozent katholisch ist und in dem sich sieben von zehn Paaren nur vor dem Altar trauen lassen, was auch vom Staat als Eheschluss anerkannt wird. Die Kirchensteuer ist aber an sich freiwillig, so wie auch der Katechismus. Der Staat ergänzt grosszügig das Budget der katholischen Kirche, nicht aber anderer Konfessionen, was nur im Sinne einer Übergangslösung gedacht war. Diese Unsicherheit möchte die Bischofskonferenz durch Garantien beseitigen; sie beruft sich dabei auf Abkommen zwischen dem spanischen Staat und dem Vatikan von 1976 und 1979. Gleichzeitig möchte sie angesichts des schwindenden Interesses den Religionsunterricht als benotetes Pflichtfach durchsetzen. In beiden Fällen haben

die Konservativen bisher nicht reagiert, vermutlich aus Furcht vor heftigen öffentlichen Kontroversen. Die Erinnerung an den "Nationalkatholizismus" franquistischer Prägung ist noch lebendig. Und trotz viel Volksreligiosität – man spricht aber auch von Scheinreligiosität und "católico light" – will die moderne spanische Gesellschaft der Kirche nicht mehr das moralische Monopol überlassen.

NZZ 26.04.2001

Deutschland

Das Bundesverfassungsgericht vollzieht die Trennung zwischen Kirche und Staat. Im Falle der Zeugen Jehovas hat das Gericht das vorinstanzliche Urteil kassiert und festgehalten: Loyalität zum Staat könne nicht Kriterium für die Anerkennung als Religionsgemeinschaft sein. Das Verfassungsgericht kippte damit das Merkmal, das der Berliner Senat erfunden hatte, um den "Zeugen" die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verweigern. Das Bundesverwaltungsgericht muss den Fall neu verhandeln. Dieses hatte ihnen den Status 1997 mit der Begründung verwehrt, da Zeugen Jehovas grundsätzlich nicht an politischen Wahlen teilnahmen, schwächten sie die "Legitimationsbasis" der Staatsgewalt. Obwohl in Deutschland keine Wahlpflicht besteht, sahen die Berliner Richter hier einen "nicht hinnehmbaren Widerspruch" zum Demokratieprinzip. Nur zwei Kriterien liess Karlsruhe gelten. Will eine Glaubensgemeinschaft als öffentlich-rechtlich Körperschaft anerkannt werden, muss sie zum einen "Gewähr der Dauer" bieten, zum anderen "rechtstreu" sein. Eine Gemeinschaft muss demnach "im Grundsatz bereit (sein), Recht und Gesetz zu achten und sich in die verfassungsmäßige Ordnung einzufügen". Dabei stört allerdings nach Karlsruher Interpretation ein Dissens im Einzelfall ebenso wenig wie der für viele Religionsgemeinschaften typische Vorbehalt, wonach ein Gläubiger im "unausweichlichen Konfliktfall" eher seinem Gewissen als dem Staat folgen muss. Der Fall liegt nun zur Neubeurteilung beim Bundesverwaltungsgericht.

taz 20.12.2000

Sind Sie glücklich?

Die Wissenschaftler sind zum Volk gegangen, unter dem Namen "Science et Cité" haben sie im Mai u.a. mit Glücksbarometern in Bern und Zürich die Menschen zum Bekenntnis aufgefordert: Sind Sie glücklich? Die Antworten kamen zögerlich. Viele Leute standen still, lasen die Informationen auf der Anzeige und beobachteten jene, die sich zum Mitmachen entschieden.

Was hätten Sie gedrückt? JA, NEIN oder WEISS NICHT?

Kurz darauf dann folgende Botschaft aus dem www:

"Wenn man die ganze Menschheit auf ein Dorf von 100 Einwohner reduzieren würde, aber auf die Proportionen aller bestehenden Völker achten, wäre dieses folgendermassen zusammengesetzt:

- 57 Asiaten
- 21 Europäer
- 14 Amerikaner (Nord- u. Süd-)
- 8 Afrikaner
- 52 wären Frauen
- 48 wären Männer
- 70 nicht weiss
- 30 weiss
- 70 Nicht-Christen
- 30 Christen
- 89 heterosexuell
- 11 homosexuell
- 6 Personen würden 59% des gesamten Weltreichtums besitzen (alle aus den USA)
- 80 hätten keine ausreichenden Wohnverhältnisse
- 70 wären Analphabeten
- 50 wären unterernährt
- 1 würde sterben
- 2 würden geboren
- 1 hätte einen PC
- 1 (nur einer) hätte einen akademischen Abschluss.

Wer also heute Morgen eher gesünder als kränker aufgewacht ist, ist glücklicher als jene Million Menschen, welche die nächste Woche nicht erleben werden. Wer keinen Krieg erlebt hat, nie die Einsamkeit durch Gefangenschaft, die Agonie des Gefolterten oder des Hungers, ist glücklicher als 500 Millionen Menschen der Welt.

Wer in die Kirche gehen kann (oder nicht) ohne die Angst, dass er bedroht wird, verhaftet umgebracht, ist glücklicher als 3 Milliarden Menschen der Welt.

Wer im Kühlschrank Essen findet, Kleidung und ein Dach über dem Kopf hat und ein Bett zum Ausruhen, ist reicher als 75% der Einwohner dieser Welt.

Wer ein Konto bei der Bank hat, etwas Geld im Portemonnaie oder etwas Kleingeld in einer kleinen Schachtel, gehört zu den 8% der wohlhabenden Menschen auf dieser Welt.

Wer diese Botschaft per e-mail erhalten hat, gehört nicht zu den 2 Milliarden Menschen die nicht lesen können und – hat einen PC!

Alles klar? Wüssten Sie aufgrund dieser Informationen nun, welchen Knopf auf dem Barometer sie drücken würden?

Wohl kaum. Vermutlich haben Sie eher konstatiert, dass Sie eben nicht zu den wenigen Reichen gehören, vielleicht auch keinen PC und keinen akademischen Abschluss vorweisen können.

Die menschliche Psyche ist offenbar so gebaut, dass sie sich nicht glücklich auf dem Bestehenden ausruht, sondern nach dem noch nicht Erreichten strebt. Wenn es um materielle Güter geht ist das mit katastrophalen Auswirkungen auf unsere Umwelt verbunden, im Immateriellen aber dürfte unsere Unersättlichkeit unser Glück und das der ganzen Menschheit sein.

Erobern wir uns also das Wissen, die (Senioren-) Universitäten, gehen wir hin zu den Wissenschaften!

Reta Caspar

Arbeitet, als würdet ihr kein Geld brauchen.
Liebt, als hätte euch noch nie jemand verletzt.
Tanzt, als würde keiner hinschauen.
Singt, als würde keiner zuhören.
Lebt, als wäre das Paradies auf der Erde.

Vom Interesse und dem Sinn der Langeweile

In ihrem neuesten Buch nimmt sich Züricher Psychologie-Professorin und Philosophin (* 1943) dem Gegensatzpaar Interesse-Langeweile an. Als Interesse bezeichnet sie den Vorgang, bei dem uns aus der Aussenwelt etwas anspringt, unsere Neugier und Aufmerksamkeit zu fesseln vermag in einem Masse, dass schliesslich kaum mehr zu feststellbar ist, ob der Ursprung dieser Begeisterung in der Aussenwelt oder in uns selbst ist.

Interesse ist Abwesenheit von Langeweile, dieser Leere, die schon Kierkegaard als die "tödliche Langeweile" bezeichnet hat, aus der aber auch bei ihm neuer, schöpferischer Drang entstehen kann. Im Umgang mit Kindern, aber auch mit uns selbst, rät die Autorin, Langeweile nicht zu überdecken, sondern als Teil des Lebens zu akzeptieren und darin zu verweilen, bis sich neue Ideen und Interessen melden.

Wichtig ist der Autorin, dass der Mensch sich seine angeborenen Eigeninteressen (i.S. von eigenen Interessen) erhält. Mit dem Schuleintritt nämlich werden Kinder mit den sogenannten Pflichtinteressen konfrontiert. Diese von Aussen an uns herangetragenen Interessen, vermögen uns in unterschiedlichem Masse auch zu fesseln. Langfristig psychisch gesund bleiben können Menschen aber nur, wenn sie ihre Eigeninteressen nicht vernachlässigen. Verena Kast schreibt insbesondere die heute häufig konstatierten "Erschöpfungsdepressionen" dem zu grossen Anteil von Pflichtinteressen zu. Wer nämlich Eigeninteressen verfolgt, stellt fest, dass damit i.A. nicht eine Erschöpfung sondern im Gegenteil eine Erfrischung und ein Zuwachs an Lebensenergie einhergeht.

Ein faszinierendes, gut lesbares Sachbuch, bei dessen Lektüre bestimmt keine Langeweile aufkommt. rc

Verena Kast

Vom Interesse und dem Sinn der Langeweile

2001, 200 S. Fr. 34.80

Walter Verlag

Stellungnahme der Sektionen Winterthur und Zürich

Eine Arbeitsgruppe der Zürcher und Winterthurer Freidenker hat an einer Arbeitstagung eine Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zum geplanten Fach "Religion und Kultur" an den Zürcher Schulen erarbeitet.

Darin zeigte sie auf, dass der Versuch, Religion neben Kultur zu stellen bereits eine verzerrte Optik ergibt und von einem säkularen Staat nicht zu vertreten sei. "Ethische Fragen im Rahmen eines Religionsfaches für alle zu behandeln ist darum tendenziell irreführend und für Unreligiöse diskriminierend". Die Frage der "Neutralität gegenüber Lehren, die keine Neutralität kennen" wird ebenso ausgeführt wie jene, ob der Kanton die verfassungsmässig nötige klare Trennung zwischen Religionsunterricht und dem Unterricht über Religionen garantieren könnte. Die Arbeitsgruppe kommt zu Fazit: Das neue Fach führt zu schier unüberwindlichen Problemen. "Unsere Argumente legen nahe, dass das neue Fach eine religiöse Unterweisung nicht mit Sicherheit ausschliessen könnte, sodass ein Obligatorium Artikel 49 der Bundesverfassung wie auch Artikel 9 der EMRK von 1950 verletzen würde. Aufgrund der dominierenden Rolle des Christentums wäre zudem der Diskriminierung anderer Religionen und Weltanschauungen Vorschub geleistet. Die Lehrenden hätten oft nur die Wahl, religiöse Konflikte, z.B. mit 'fundamentalistischen' Eltern, zu riskieren oder ein beschönigendes Halbwissen zu vermitteln, das eine Einheit der Religionen suggeriert, die es nicht gibt. Die 'strikte Unparteilichkeit der Lehrperson', wie sie der Bildungsrat mit guten Gründen wünscht, ist zwar im Sinne der guten Absicht möglich, als de facto bestehende Haltung einer engagierten Lehrkraft aber eine Illusion."

Als Gegenvorschlag wird angeführt: "Weil es uns ebenso wie dem Bildungsrat wichtig erscheint, junge Leute zur Toleranz im besten Sinne zu erziehen, d.h. notabene nicht zur Achtung jeglicher Mei-

nung, sondern zur Achtung des Mitmenschen und seines Rechts auf eigene Meinungen, schlagen wir eine Alternative zum Fach 'Religion und Kultur' vor: Ein Fach, das 'Ethik', 'Lebensfragen' oder 'Lebenskunde' heissen könnte. Zentrale Erziehungsziele wie ein weltoffenes, kritisches Denken und die Entwicklung eines gesunden Selbstwertgefühls lassen sich in einem solchen Fach eher erreichen als in einem, das die Hochachtung vor Religionen fördern will, die bald die Nichtigkeit, bald die Göttlichkeit des Menschen betonen.

Berlin hat mit dem Fach 'Lebenskunde' seit 1982 reiche und positive Erfahrungen gemacht, sodass wir dem Bildungsrat empfehlen, dieses Beispiel zu studieren. Dass es wegen seiner weltlich-humanistischen und antidogmatischen Ausrichtung von den meisten Vertretern der Kirchen nicht gern gesehen wird, liegt auf der Hand; ebenso klar ist aber auch, dass es der Aufgabe eines zu religiöser Neutralität verpflichteten Staates widerspricht, Parteien zu bevorzugen."

Die ausführliche Stellungnahme können Sie auf www.freidenker.ch nachlesen oder auf dem FVS-Sekretariat beziehen. rc

Jan Bretschneider
Hans-Günter Eschke
Lexikon freien Denkens

Angelika Verlag
31535 Neustadt
Erste Lieferung sofort erhältlich
180 Seiten mit Sammelmappe
Fr. 34.- inkl. Verpackung, Versand.

Spätere Teillieferungen ca. 100
Seiten, pro Seite Fr. 0.15. inkl.
Verpackung, Versand.

Bezugsquelle für die Schweiz:

Lexikon freien Denkens
Freidenker Zürich
Postfach 7210
8023 Zürich

Die FVS-Sektion Bern lädt ein:

Gesamtschweizerisches Freidenkertreffen
Sonntag, 2. September 2001
ab 11 Uhr

"Bärtschihus", Gümligen (BE)
200 m oberhalb Bahnhof Gümligen

Apéro - Grilladen - Dessertbuffet - Musik/Unterhaltung...
Evtl. kurze Besichtigung des Freidenkerhauses in Bern

Die Gäste bringen das Grillgut selber mit.
Anmeldung bis Ende Juni an die FVS-Sektion Bern

Postfach 10, 3704 Krattigen. Präs. Daniel Aellig 033 654 22 57
(abends und am Weekend) oder d. aellig@bluewin.ch

Basel (Union)

Jeden letzten Freitag im Monat
ab 19 Uhr: Freie Zusammenkunft
im Restaurant "Storchen" Basel.
Jeden 2. Dienstag im Monat:
Vorstandssitzung um 19 Uhr

Grenchen

Samstag, 9. Juni 2001 (evtl. 23. 6.)
Freidenker-Wanderung

Treffpunkt 12.15 Uhr am Schiffsteg
"Aarebrücke" in Grenchen.

Nichtwanderer sind ab 16 Uhr im
Fischerhaus in Grenchen willkommen.
Bei schlechtem Wetter gibt am 9.
Juni ab 10 Uhr Tel. 032 654 38 48
Auskunft über die Durchführung. Alle
Mitglieder und ihre Angehörigen sind
herzlich eingeladen. Der Vorstand

Mittelland

Samstag, 30. Juni 2001 ab 15 Uhr
Freie Zusammenkunft im Hotel
"Emmental", Tannwaldstr. 34, Olten

Schaffhausen

Jeden 3. Donnerstag im Monat
20 Uhr, Freie Zusammenkunft
im Rest. "Falken", Schaffhausen

Winterthur

Mittwoch, 6. Juni 2001
Mittwoch-Stamm ab 19.30 Uhr
in unserem "neuen Heim"
"HILFDclub", Technikumstr. 90

Zürich

Dienstag, 12. Juni 2001 14.30 Uhr
Freie Zusammenkunft
Thema: "Sterbehilfe"
Referent: Werner Strebel
Restaurant "Schweighof"
Schweighofstr. 232, 8045 Zürich

Samstag, 30. Juni 2001
Grillfest in Studen
Einladung folgt



Promi-Ecke

"Jeder hat zunächst
den Gottesglauben,
den man ihm
aufgeschwatzt hat;
aber allmählich hat er den,
den er verdient."

Karl-Heinz Deschner
Historiker
*1924

TrauerRedner

Basel (Vereinigung)

061/421 67 87 oder 061/42112 80

Basel (Union)

061/321 39 30 oder 061/601 03 23

Bern

033/654 22 57 oder 031/951 01 29

Grenchen

076/53 99 301 oder 032/645 38 54

Luzern und Innerschweiz

041/420 45 60 oder 041/440 76 36

Schaffhausen

052/337 22 66

St. Gallen

052/337 22 66

Vaud Waadt

026/660 46 78 ou 022/361 37 12

Winterthur und Thurgau

052/337 22 66

Zürich

Natel 079/646 20 64

Zentralsekretariat FVS

032/ 641 20 12 oder 052/ 337 22 66
falls unter der regionalen Nummer
niemand zu erreichen ist.

Adressänderungen an: Büelrain 4 8545 Rickenbach

AZB
8545 Rickenbach

Regional- und Orts-Gruppen

Freidenker-Vereinigung

Sektion Basel und Umgebung

Postfach 302, 4012 Basel *auch Fax
Präsidentin: Y. Andrek 061/401 35 19*
Vizepräsidentin: B. Bisig 061/321 31 48*
Kassier: R. Wenger 061/692 86 27*
Sekretariat: H. Bamert 061/731 19 46*
Mitgliederdienst: R. Frey 061/421 12 80
Bestattungen: L. Bloch 061/421 67 87*

Freidenker-Union

Region Basel USF

Postfach 4471, 4002 Basel
Präsident: 061/312 47 54
Auskünfte/Informationen:
061/321 39 30 oder 061/601 03 23
Mitgliederdienst/Krankenbesuche/
Bestattungen: 061/321 39 30
Postkonto: 40-4402-5
Bestattungsfonds: 40-4007-5

Ortsgruppe Bern

Postfach 10, 3704 Krattigen
Präsident/Auskünfte:
Daniel Aellig: 033/654 22 57
Mitgliederdienst:
N. Leuenberger 031/951 01 29

Libre Pensée de Genève

ASLP Genève, J.P. Bouquet
27 ch. des quattes, 1285 Avusy
022/756 40 49 (tél. et fax)

Sektion Grenchen und Umgebung

Postfach 451, 2540 Grenchen
Auskünfte: Peter Hess, Präsident:
032/645 38 48 oder 076/376 38 48
Mitgliederdienst/Krankenbesuche:
Lotti Höneisen: 076 53 99 301

Regionalgruppe

Luzern-Innerschweiz

Präsident: E. Ochsner 041/420 45 60
Postfach 2908, 6002 Luzern

Sektion Mittelland

Postfach 637, 4600 Olten
Präsident: Willi Zollinger 062/293 39 30

Freidenker Schaffhausen

Postfach 186, 8222 Beringen
052/685 13 62 (Marcel Bollinger)

Regionalgruppe St. Gallen

Postfach, 9004 St. Gallen
Tel.&Fax 071/223 69 93 (A. Lindner)

Association vaudoise de la Libre Pensée

Case postale 131, 1000 Lausanne 17
Secrétariat: 026/660 46 78
Président: J.P. Ravay 022/361 94 00

Ortsgruppe Winterthur

Büelrain 4, 8545 Rickenbach ZH
052/337 22 66 (J.L. Caspar)

Ortsgruppe Zürich

Postfach 7210, 8023 Zürich
Präsident: W. Strebel 055/414 23 63
oder Natel 079/646 20 64
Familiendienst: M. Dobler 01/341 38 57

FREIDENKER - BIBLIOTHEK


Zürich, im Sozialarchiv

Stadelhoferstr. 12 (Nähe Bellevue)

Bücherausgabe:

Mo. - Fr. 10-20 Uhr
Sa. 10-13 und 14-16 Uhr
Auskunft: Tel. 01/251 80 66

FVS Zentralsekretariat Zentralkasse

Zuschriften an den Vorstand,
Auskünfte, **Adressänderungen**,
Materialbestellungen an:
Zentralsekretariat
Postfach 217 
CH-2545 Selzach
Tel. 032/641 20 12
Fax 032/641 26 25
Internet: www.freidenker.ch
Postkonto: Winterthur 84-4452-6



Impressum

Redaktion

Reta Caspar Rainweg 9
Tel. 031/911 00 39 3052 Zollikofen
e-mail: reta.caspar@swissonline.ch

Redaktionsschluss 15. des Vormonats

Jahresabonnement

Schweiz: Fr. 25.- inkl. Porto
Ausland: Fr. 30.- inkl. Porto (B-Post)
Probeabonnement 3 Monate gratis

Bestellungen, Adressänderungen und Zahlungen bitte an das Zentral- sekretariat FVS.

Druck und Spedition

Volksdruckerei Basel
Postfach, 4004 Basel

ISSN 0256-8993, Ausgabe 6/2001

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
können, aber müssen nicht mit der An-
sicht der Redaktion übereinstimmen.